

Debatte



Newsletter der Grünen emanzipatorischen Linken in NRW

Der Aufruf zur *Debatte*

Regionale Bindungen, behauptete oder tatsächliche Flügelbindungen spielen für uns keine Rolle. Wir rufen vielmehr alle Grüne in NRW - von der Grünen Jugend bis zu den Grünen Alten - zur offenen inhaltlichen *Debatte* auf. GRÜN heißt für uns basisdemokratisch und zukunftsorientiert - und wir wünschen uns eine Öffnung der Partei in die Gesellschaft hinein.

Wir rufen alle Grüne in NRW dazu auf, ihre Vorschläge zum weiteren Verlauf der *Debatte* zu machen, auf unserer Mailingliste zu diskutieren, sich an der Redaktion dieses Newsletters zu beteiligen, interessante Termine in den Orts- und Kreisverbänden, in der Fraktion und den LAGen, in der Zivilgesellschaft in NRW bekannt zu geben, sich einzumischen und mitzumischen.

Selbstverständlich wissen wir nicht wie der weitere Verlauf der *Debatte* sein wird. Dies hängt allein von Euch ab. Wir sind allerdings durchaus der Ansicht, dass es bisher an einer solchen *Debatte* gemangelt hat, dass es auch am Zugang zu und der Teilhabe an politischen Prozessen in der Partei zu arbeiten gilt. Wir möchten diesen vielfach geäußerten Bedürfnissen entsprechen.

Die größten Hindernisse für spannende und neue politische *Debatten* sind die Routine und das eingefahrene Ritual. Räume zu schaffen für neue Ideen und neue politische Talente, ja, das Neue zu sehen, zu analysieren, zu begreifen und politisch zu gestalten, ist unser Ziel.

Das (vorläufige) Redaktionsteam

Peter Alberts, Andrea Asch, Arvid Bell, Kathrin Henneberger, Jürgen Klippert, Hans Christian Markert, Dennis Melerski, Christian Michalak, Irene Mihalic, Thomas Reimeier, Robert Zion

Inhalt:

Seite 1: Der Aufruf zur *Debatte*

Seite 2: Solidarischer Individualismus - Was ist eigentlich "Links-libertär"?

**Schwerpunkt: Vor dem Wahlmarathon-
Wo stehen wir als GRÜNE?**

Seite 2: Erst die Inhalte...

**Seite 4: Grün Pur statt
FarbengehAMPEL**

**Seite 4: Brüderle, zur
Sonne, zur Freiheit**

**Seite 6: Der GRÜNE Pelz
darf nass werden!?!**

Kontakt:

Christian.Michalak@gruene-bochum.de

kathrin.henneberger@gruene-jugend.de

zion@robert-zion.de

Solidarischer Individualismus – was ist eigentlich „Links-libertär“?

Von Robert Zion

Als emanzipatorische Linke vertreten wir einen solidarischen Individualismus. Wir nehmen das Manifest „Links-libertär“*, unterschrieben von vielen Grünen aus NRW – darunter Mitglieder des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und Kreisverbands- und LAG-SpecherInnen – zum Anlass, die Debatte um die hierin angesprochenen Grundprinzipien und Begriffe auf breiter Ebene zu eröffnen. Als „eine Strömung, die tatsächlich nach vorne fließt“, soll „Links-libertär“ damit zu einer offenen Diskussion unseres Grünen Selbstverständnisses auch in NRW beitragen.

Was sind die konkreten Bedingungen von Zugang und Teilhabe im Gesellschaftsbild eines solidarischen Individualismus? Wie sehen die Garantien eines emanzipatorischen Sozialstaates der Zukunft aus? Wo sind die gangbaren Zwischenschritte zur Revolution unseres Bildungssystems, zu einhundert Prozent erneuerbaren Energien, zur uneingeschränkten Demokratie?

Wie binden wir die bei uns vorhandenen politischen Grundströmungen über solche gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen zusammen und erreichen damit auch die neuen, hier angesprochenen WählerInnenschichten in NRW? Dies sind nur einige der Fragen, die wir mit Euch im Sinne von Bündnis 90/Die Grünen debattieren wollen – im Netz und vor Ort. „Links-libertär“ soll daher der Stein des Anstoßes sein, den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozess zu begreifen und nach vorne gerichtet grün und emanzipatorisch-links zu gestalten.

Schwerpunkt:

Vor dem Wahlmarathon - wo stehen wir als GRÜNE?

Erst die Inhalte...

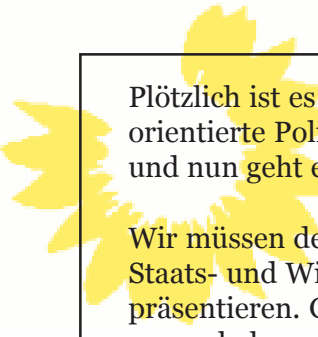
Von Hans Christian Markert

Angesichts der Herausforderungen unserer Zeit - Klimawandel, Hunger & Armut, Ressourcenverknappung, Wirtschafts- und Finanzkrise - haben wir die Aufgabe und die Chance, sowohl die Markt- radikalität als auch Stamokap-Ansätze zu überwinden. Jetzt geht es darum, ein Zukunftsmodell für Staat und Gesellschaft zu entwickeln und zu verwirklichen. Gefragt sind Mut zu Neuem und Kraft zur Wahrheit.

Eine Erkenntnis ist doch, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise tatsächlich eine (globale) Strukturkrise ist. Es findet ein Kampf zwischen nicht zukunftsfähigen und zukunftsfähigen Branchen statt. Mit einem dematerialistischen und dezentralen Ansatz können wir als Grüne hier - etwa in der Energiewirtschaft - Antworten geben. Die ach so Große Koalition irrlichtert konzeptlos umher und zeigt sich der Krise keinesfalls gewachsen. Die Konjunkturpakete verfestigen das bestehende System und bedienen vorhandene Interessen. Sie entfachen allenfalls trügerische Strohfeuer, die aber Flächenbrände in der Zukunft auslösen werden. Vom Steuerwettstreit mit dem noch größeren Kanzlerkandidaten der Besserverdienenden – Guido W. – profitieren ausschließlich diejenigen, die überhaupt Steuern zahlen und im besonderen Maße die Besserverdienenden und SUV-Fahrer.

Aus „Privat vor Staat“ – nachzulesen im gültigen Koalitionsvertrag der CDU geführten Landesregierung – ist ein beherztes „Staat für Privat“ geworden. Man möchte den vormals bekennenden Kapitalisten zuzurufen: Marktbereinigung gehört zu Eurer Wirtschaftsideologie! Und bei der SPD fühlen sich offenbar manche an ihre alten Stamokap-Ideale erinnert.

* Das Manifest ist einzusehen unter: http://www.gruene-linke.de/themen/gruene/o80506_links-libertaer.pdf



Plötzlich ist es auch wieder völlig normal, J.-M. Keynes zu zitieren. Allerdings greift eine reine Nachfrage orientierte Politik für sich auch zu kurz. Vorher wurden die Geldströme von links nach rechts verteilt und nun geht es halt wieder ein bisschen anders herum.

Wir müssen den Mut haben zu sagen, dass der Kapitalismus gescheitert ist, ohne andere gescheiterte Staats- und Wirtschaftsmodelle erneut zu versuchen. Jetzt ist die Zeit, neue – unsere grünen - Ideen zu präsentieren. Gefragt sind also ganzheitliche Ansätze und ein entsprechendes Krisenmanagement. Deswegen haben wir ja auch den Grünen New Deal beschlossen. Den gilt es nun mit Leben zu füllen, zu erklären und umzusetzen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Strukturkrise muss der Fokus zunächst auf die Armutsbekämpfung gerichtet werden. In den Mittelpunkt gehören diejenigen, die bereits vorher nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen konnten. Übrigens sollten wir bei aller hiesigen Not nicht vergessen, dass die Auswirkungen unseres Lebensstils die Menschen in den Ländern des Südens noch ungleich härter treffen. Nach wie vor geben wir deutlich weniger als die mindestens notwendigen 0,7% unseres BSP zur Erreichung der Millenniumsziele aus.

Es ist zynisch, dass Milliarden in die Hand genommen werden, um den Hintern von Managern, die sich im globalen Casino verzockt haben, zu retten. Gleichzeitig fehlt angeblich das Geld, um Kindern eine ausreichende Grundsicherung zu gewähren. Noch vor gut einem Jahr sind wir Grünen wegen unserer sozialpolitischen Beschlüsse auf der BDK in Nürnberg als Spinner aus Wolkenkuckucksheim gezeißelt worden. Aber was sind die gut 60 Mrd. Euro, für die wir im Übrigen auch eine Gegenfinanzierung vorgelegt haben, gegenüber den vielen Milliarden, die zur Rettung der Versager im Nadelstreifen aufgewandt werden und derer, die die Zukunft verpennt haben. Armutsbekämpfung und umfassende Gerechtigkeit – auch Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit – gehören zum Wertekanon des Grünen New Deal. Jetzt geht es aber auch um mehr Mut zur sozialpolitischen Emanzipation. Menschen sollten zukünftig tatsächlich in der Lage sein, zu entscheiden, ob und wofür sie ihr Geld ausgeben – ohne Gängelei. Insofern sollten wir auch die Weiterentwicklung der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht aus den Augen verlieren.

Anders als die schlichte Umschichtung von Mitteln muss unsere Wirtschaftspolitik weitergehen – auch über Keynes hinaus. Wir müssen definieren, wie gewirtschaftet wird und was produziert wird. An die Stelle der heutigen Plünder- und Plunderökonomie muss eine ressourceneffiziente und inhaltlich definierte Produktion treten.

Dies lässt sich am Beispiel der Energiepolitik erläutern: hier beherrschen wenige Konzerne – Besatzungsmächten ähnlich – den Markt und die Politik – die Zeche zahlen wir als EndabnehmerInnen. Mehr als 50% der eingesetzten Energie geht selbst bei modernen Kohlekraftwerken als CO₂ durch den Schornstein und wird als Ursache für den Klimawandel den nachfolgenden Generationen aufgebürdet - wie auch der strahlende Abfall beim Atomstrom.

Grüner New Deal heißt: Einsparung, Effizienz und Erneuerbare – mit dezentralen Strukturen und Kraftwärmekoppelung und unter Nutzung heimischer Potentiale Erneuerbarer Energien wie Biogas aus Grünabfällen, Wind- oder Sonnenkraft. Anders als von RWE verkündet, muss die energiepolitische Wende jetzt – gerade auch bei uns in NRW - beginnen und nicht erst 2013. Dann wollen die angeblich aufhören, neue Genehmigungsanträge für Kohlekraftwerke zu stellen. Damit wären selbst wenig ambitionierte Klimaziele der Showeisbären Merkel und Gabriel nicht zu erreichen.

Angesichts der genannten Herausforderungen ist die Koalitionsarithmetik völlig nachrangig. Es geht darum, Antworten zu entwickeln, vorzudenken, Menschen zu überzeugen und mitzunehmen. Mit daraus resultierenden starken Wahlergebnissen lassen sich dann auch Bündnisse schmieden - innerhalb von Parlamenten und außerhalb der Parlamente. Es gilt, eine gesellschaftliche Mehrheit für den Grünen New Deal zu organisieren. Persönlich bin ich - wie weiland Willy Brandt - davon überzeugt, dass diese Mehrheit für die angedeuteten Ziele „links von der (imaginären) Mitte“ liegen. Ob daraus zukünftig politische Mehrheiten werden können, ist eine Frage des Wollens.

Wir sollten nun sehr zügig unser Verhältnis zu Staat und Wirtschaft klären. Wie sieht aus grüner Sicht die Ordnungspolitik der Zukunft aus? Dabei könnten die Ideen des Wirtschaftstheoretikers J.K. Galbraith einen guten Ansatz liefern. Schon in den 60ern des vorherigen Jahrhunderts thematisierte

er die Auswirkungen der „Überflusgesellschaft“ und bezog die Endlichkeit der Ressourcen mit in seine Überlegungen ein. In seinem Essay „Die solidarische Gesellschaft“ (1998) hat er zahlreiche Ziele formuliert, die dem grünen Wertekanon sehr nahe kommen (Aufstiegschancen für alle Menschen, gute Bildung, Beschäftigung, ein stabiles Netz und eine partnerschaftlich und sozial orientierte Außenpolitik).

Nach Galbraith liegt die moralische Rechtfertigung für Ökonomen in der Frage, ob sie die Welt verbessern können, in der sie leben! So gesehen, wird derzeit die Moral vom Mainstream politisch abgewrackt. Wir sollten innerhalb und außerhalb unserer Partei für eine zukunftsfähige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung streiten. Mit kreativen Ideen und überzeugenden Lösungsvorschlägen stellt sich auch die Frage nach Bündnispartnern. Koalitionsarithmetik ist allerdings kein Selbstzweck. Sonst geht es ja nur noch um Teilhabe an der Macht - ohne Inhalte.

Grün Pur statt FarbengehAMPEL

Von Kathrin Henneberger

Auf der BDK wird es aller Voraussicht nach einen Antrag für eine pro Ampel Koalitionsaussage geben. In der Grünen Jugend sieht man die aktuell geführte Diskussion- und das Liebäugeln mit der FDP- sehr kritisch.

In den Rot-Grünen Regierungsjahren wurde viel Positives geschaffen - aber auch viele schwere Kröten mussten geschluckt werden. Von Hatz IV bis zu dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Mit der SPD zu Regieren war nicht leicht. Und nun stellen wir uns eine Regierung vor, in der wir der kleinste Koalitionspartner sind und neben einer Steinmeier-SPD auch die FDP mit ihrem neoliberalen Kurs mitregiert. Grüne Inhalte dort durchzuboxen wird schwer werden. Das sollte uns bei jeder Diskussion um die Ampel bewusst sein. Auch bei der Aussage, dass die Wahrscheinlichkeit für die Grünen im Herbst an der Regierungsbildung dabei zu sein am höchsten bei einer rot-grün-gelben Koalition liegt.

Gerade wir Grünen sollten es dennoch nicht unversucht lassen, ein rot-rot-grünes Bündnis zu diskutieren. Der Verweis auf die ablehnende Haltung der SPD genügt dabei ebenso wenig wie die Polemik gegen Lafontaine. Eine starke grüne Position müsste sich vielmehr für die Realisierung eines solchen Projektes einsetzen und entsprechende Kräfte in den beiden anderen Parteien zusammenbringen und dort Mehrheiten bilden.

Die Grünen sollen regieren, aber eine Regierungsbeteiligung macht nur Sinn wenn wir wirklich unsere Inhalte mit gutem Gewissen durchsetzen können. Die Bedingungen für eine Regierungsbildung müssen stimmen. Und wenn sie nicht stimmen, darf es nicht ausgeschlossen bleiben, in der Opposition zu bleiben. Für die Bildung einer Regierung müssen wir klare inhaltliche Linien ziehen und deutlich machen, was für uns Grüne nicht verhandelbar ist. Und dies muss mehr sein als zum Beispiel „kein Ausstieg aus dem Atomausstieg“. Wir brauchen ein starkes Grünes Wahlprogramm, in dem wir definieren welche Lösungswege wir für die Nahrungsmittel-, die Klima- und die Wirtschaftskrise beschreiten wollen. Ein Wahlprogramm, welches beschreibt, unter welchen sozialen wie ökologischen Rahmenbedingungen wir die Gesellschaft grundlegend verändern wollen. Um diese Debatte sollte es auf der nächsten BDK gehen. Nicht darum, einen Beschluss zu fassen, mit einer Partei eine Koalition eingehen zu wollen, deren Inhalte genau das Gegenteil sind von dem was wir fordern.

Brüderle, zur Sonne, zur Freiheit*

Von Robert Zion

Um wenigstens noch den Anschein einer möglichen Kanzlerschaft Frank-Walter Steinmeiers aufrecht zu erhalten, hofiert die SPD derzeit eine Ampel. Teile der Grünen-Spitze machen mit – und würden der FDP damit nahezu eine Regierungsgarantie geben. Ob allerdings die SPD mit einem „Brüderle, zur Sonne, zur Freiheit“ ihrer Krise entkommen wird, scheint ebenso fragwürdig, wie die Auflösung des strategischen Dilemmas der Grünen durch eine „Grüne Welle für Westerwelle“. In der Tat befinden sich die Grünen in einem solchen Dilemma, das – das haben Dilemmata so an sich – im Prinzip nicht auflösbar ist.

*Dieser Beitrag erscheint in der dritten März-Woche als Gastkommentar in der *Financial Times Deutschland*

Nach einer Umfrage wollen achtzig Prozent ihrer Wähler, dass sie regieren. Zugleich scheinen sich die Machtoptionen im Fünf-Parteien-System zu vervielfältigen.

Sobald es aber zur Gretchenfrage kommt, wie sich die Grünen im Wahlkampf aufstellen und ob bzw. welche Koalitionsaussagen nun im Sinne der Wählerschaft sind, schmilzt die vermeintlich neu gewonnene grüne Freiheit wie Butter in der Sonne wieder dahin. Es war vor allem das Spitzenteam Renate Künast und Jürgen Trittin, das daher die Flucht nach vorne ergriffen hat und offensiv einen Ampelwahlkampf verkündete. Letzterer fügte gleich einen ungelassenen Trost für die Parteilinie hinzu: „Das begeistert keinen Grünen, aber es ist, wie es ist.“

Doch der parteiinterne Widerstand ließ nicht lange auf sich warten. Zunächst war es der Neu-Grüne Sven Giegold, der öffentlich Kritik an der neuen Machtarithmetik verlautbaren ließ. Gerade die FDP sei es gewesen, die sämtliche Forderungen nach einer Regulierung der Finanzmärkte stets abgelehnt habe, eine Privatisierung der Krankenversicherung und Steuersenkungen auf Pump kämen mit den Grünen nicht in Frage, so das ehemalige Sprachrohr von Attac. Binnen weniger Tage regte sich nun flügelübergreifend der parteiinterne Widerspruch in den Landesverbänden und an der Basis.

Derweil dürften sich die Wahlkampfstrategen der FDP gelassen zurücklehnen und der weiteren Dinge abwarten, die da kommen. Eine Wahlaussage oder gar eine Koalitionsaussage zugunsten einer Ampel wird es von Westerwelle nicht geben, dies würde der FDP ihre Wechselwähler von der Union kosten. Sie braucht nichts weiter tun als eine Ampel nicht auszuschließen, um die anvisierte schwarz-gelbe Regierung nach vielen vergeblichen Anläufen endlich Wirklichkeit werden zu lassen.

Denn, dass die Grünen, die die mitgliederschwächste Partei mit dem kleinsten Wahlkampfbudget ist, vor allem auf die möglichst umfassende Mobilisierung ihrer Mitgliedschaft angewiesen ist und dass es zwischen Grünen und FDP die bei weitem größten inhaltlichen Gegensätze und auch Abneigungen in den politischen Milieus gibt, wissen die Liberalen. So kann die FDP aus gutem Grund darauf bauen, dass am Ende die entscheidenden Stimmen gegen Schwarz-Gelb bei den Grünen heurausgebrochen werden. Und wenn nicht, dann dürfte sich Westerwelle dann eben auf ein Außenministeramt in einer Ampel-Koalition freuen.

Rätselhaft ist vor allem, wie die Spitzengrünen den politischen Hauptgegner FDP überhaupt wirksam angreifen wollen, wenn sie diesem zugleich nahezu eine Regierungsgarantie verschaffen. Auch mag sich niemand bei den Grünen so recht vorstellen, wie eine Mitgliedschaft überhaupt zum Straßenwahlkampf mobilisiert werden kann, bei denen es „eine deutliche emotionale Abwehr gegen die FDP“ (Fritz Kuhn) gibt. So wird das machtstrategische Dilemma der Grünen zur gefährlichen Wahlkampffalle.

Zwischen einer vermeintlichen Rolle als Scharnier im Parteiensystem und dem Anspruch der inhaltlichen Meinungsführerschaft im linken Lager bei der Lösung sozialer und ökologischer Grundfragen klaffen Welten. Doch auch der Versuch, diese Kluft über Vorstöße des Spitzenpersonals und über deren Machtperspektiven zu schließen, mag kaum überzeugen, sobald es um die Frage der eigentlich politischen Botschaften einer solch Machtarithmetik geht. Dann geht es auch nicht mehr nur um emotionale Abwehr und mangelnde Begeisterung, wie Kuhn und Trittin meinen, sondern schlicht um Glaubwürdigkeit.

In der Tat scheint es bei alledem vor allem um Ambitionen von Personen zu gehen, um Honoratiorenpolitik. Weder bei SPD, noch bei FDP und Grünen hat es vor den medialen Vorstößen der Spitzen überhaupt eine Debatte über einen Ampel-Wahlkampf gegeben. Es sind Steinmeier, Künast und Trittin, die vor allem darauf drängen und es ist Guido Westerwelle, dessen Geduld auf der Oppositionsbank wohl endgültig aufgebraucht ist.

Was bei alledem herunterfällt, ist vor allem die Tatsache, dass die in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise abzusehenden schweren Verwerfungen im Haushalt, am Arbeitsmarkt und im Sozialen von SPD- und Grünen-Wählern vor allem als Ergebnis einer neoliberalen Ideologie gesehen werden, für die die FDP wie keine andere Partei steht.

Die Mutlosigkeit bei den Spitzenkräften der Grünen, den Weg einer neuen Eigenständigkeit in der komplizierte gewordenen Parteienlandschaft zu gehen, ist erschreckend. Sie zieht sich seit dem Sonderparteitag von Göttingen 2007 wie ein roter Faden durch die Partei, als geradezu panische Angst vor dem Verlust der Anschlussfähigkeit. Und so ist es paradoxer Weise gerade ihre starre Fixierung auf die Macht, mit der sie ihre Machtoptionen zu verspielen drohen.

Und diese Mutlosigkeit könnte bei diesem Wahlkampf genau als eine solche erscheinen: als Angst vor der eigenen Courage, die soziale und ökologische Alternative zum gescheiterten Neoliberalismus nun Punkt für Punkt zu definieren und im kommenden Wahlkampf dafür – und nur dafür – zu kämpfen und damit Lafontaines Linke an ihrem wunden Punkt zu treffen und endlich zu stellen. Aus der reinen Machtperspektive ist man versucht mit Trittin zu sagen: „Das begeistert keinen Grünen, aber es ist, wie es ist“.

Der GRÜNE Pelz darf nass werden!?!

Von Thomas Reimeier

„Lasst uns gemeinsam anpacken, eine grüne Energiezukunft auf den Weg zu bringen und die Herzen und Köpfe der Menschen zu erreichen mit unserer Grünen Energiepolitik!“*

Wie wahr, wir müssen beides erreichen: die Köpfe und die Herzen. Bisher sind wir eher erfolgreich damit, die Köpfe zu erreichen. Unsere Argumente – „Klimawandel und Ressourcenknappheit erfordern drastische politische Maßnahmen“ – sind überzeugend und bleiben im Grundsatz unwidersprochen. Doch bevor es wirklich ans Eingemachte geht, bleiben die Maßnahmen bestenfalls an der Oberfläche – schlimmstenfalls wird eine Abwrackprämie zum scheinbaren Erfolgsmodell. Eine den Notwendigkeiten angemessene neue „Denkweise“ ist unverzichtbar, aber bisher kaum zu erkennen. Das erfordert nicht zuletzt eine gesellschaftliche und politische Wertediskussion: ist das Doppelverdiener-Ehepaar, das zwei- oder dreimal im Jahr in den Urlaub fliegt, auf dem Dach eine Fotovoltaikanlage installiert hat und GRÜN wählt, eher Teil der Lösung oder eher Teil des Problems?

Das Einbeziehen der Gefühlsebene ist dabei unverzichtbar: „Das rein rationale Erfassen eines Problems führt noch lange nicht zu einer Verhaltensänderung. Dafür bedarf es starker Gefühle und einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr.“**

Die Gefahr ist da: Klimawandel und Ressourcenknappheit mit all ihren drohenden Konsequenzen. Kümern wir uns also stärker als bisher um die „Gefühlsebene“. Dafür politische Konzepte zu entwickeln, ist eine der anspruchsvollsten Herausforderungen unserer Zeit. Als Einstieg in die dafür notwendige „Wertediskussion“ müssen wir noch ehrlicher werden (auch zu uns selbst).

Gewiss, GRÜNE sind um Längen ehrlicher als andere politische Parteien, aber auch unsere Ehrlichkeit hat Grenzen. Das wird schon am Sprachgebrauch deutlich: die Begriffe „Energiesparen“ und „Energieeffizienz“ werden zwar jeder für sich als eines von den „drei großen E's“ beworben, sie werden aber inhaltlich nicht voneinander abgegrenzt.

Dass „Energieeffizienz“ bedeutet, eine Energiedienstleistung zwar in Anspruch zu nehmen, dieses aber mit möglichst geringem Primärenergieaufwand, sollte unstrittig sein. Beispiel: Transport einer Person von A nach B mittels ÖPNV bzw. 3-Liter-Auto statt mit einem Spritfresser-Modell.

Wenn die eigenständige Verwendung des Begriffs „Energiesparen“ Sinn machen soll, muss etwas anderes damit gemeint sein. Das kann dann nur die „nächste Stufe“ sein: nämlich eine bestimmte Energiedienstleistung gar nicht erst in Anspruch zu nehmen. Beispiel: entweder den Transport unterlassen oder mit eigener Muskelkraft vornehmen. Das aber trauen wir uns bisher so deutlich nicht zu sagen.

*Zitat aus BDK-Beschluss 2008 „Energie 2.0 – Die Energiezukunft ist grün“

**WDR-Fernsehsendung „Quarks“ vom 27.11.2007 (www.wdr.de/tv/quarks/sendungsbeitraege)

Durchaus verständlich: Überbringer „schlechter“ Botschaften machen sich auch in der Politik nicht beliebt. So wird dort gerne eine Mentalität des „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ gepflegt und bedient. Bloß den WählerInnen nicht zu viel zumuten. Der verstärkte Einsatz von Biosprit gibt PolitikerInnen und WählerInnen das – wenn auch trügerische – Gefühl, etwas für den Klimaschutz zu tun, ohne die Art und Weise der eigenen/kollektiven Mobilität ernsthaft in Frage stellen zu müssen.

Dabei ist die Situation dramatisch. Wir GRÜNE wissen das; aber wir sollten uns immer wieder vorzustellen versuchen, was das wirklich bedeutet, um daraus den Mut zu größerer politischer Ehrlichkeit zu schöpfen. Es gibt in den Industriestaaten bisher keinen Lebensbereich, der nicht auf das garantierte Vorhandensein fossiler Energieträger angewiesen ist: Mobilität, Wohnen, Nahrungsmittelproduktion, Wirtschaft. Wenn wir Klimaschutz ernst meinen und wenn denn – was nicht ernsthaft bestritten wird – ein Ende der fossilen Energiereserven absehbar ist, wird das zwangsläufig zu deutlichen und dauerhaften Änderungen sowohl des individuellen als auch des „kollektiven“ Lebensstils kommen müssen. Das zu kommunizieren, ist eine der großen Herausforderungen GRÜNER Politik – und zwar unverzüglich. Die Zeit drängt.

Das wird eine Riesenaufgabe und schwierige Gratwanderung: einerseits der Dramatik entsprechend ehrlich zu sein, andererseits sensibel genug zu bleiben, um nicht von vornherein nur Abwehrreflexe zu erzeugen. Bei einer Gratwanderung besteht immer die Gefahr des Abstürzens – aber auch die Chance grandiosen Gipfelglücks.

„Wir wollen eine Begeisterung in der Gesellschaft hervorrufen, die die Probleme der Energiekrise an der Wurzel anpackt.“*

Auf geht's; jetzt wird es ernst. Der GRÜNE Pelz darf nass werden.

*Zitat aus BDK-Beschluss 2008 „Energie 2.0 – Die Energiezukunft ist grün“

Die *Debatte* wünscht Euch ...



V.i.S.d.P.: zion@robert-zion.de, Tel: 0209-3187462

Die Meinung der AutorInnen der Artikel spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung des gesamten Redaktionsteams wieder.